

**Beteiligungsverfahren zur Weiterentwicklung des  
„Landesaktionsplans für die Umsetzung der UN-BRK“**

**Arbeitsgruppe „Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr“  
Sitzung am 30. September 2021**

---

**Protokoll**

---

***Entwurf des Protokolls mit Änderungsvorschlägen  
der BSW, BUKEA und BVM (Stand 16.11.21)***

Die Arbeitsgruppe „Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr“ fand am 30.09.2021 mit Beteiligung von 58 angemeldeten Teilnehmenden statt. Eine Teilnahmeliste wird aus Gründen des Datenschutzes nicht angelegt.

Gemäß der Tagesordnung begrüßt die Staatsrätin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Frau Monika Thomas die Teilnehmenden. Sie bedankt sich für die anregende Diskussion in der ersten AG-Sitzung und stellt fest, dass für die aktuelle AG-Sitzung weitere inhaltliche Schwerpunkte anstehen. Dabei sei die Perspektive der Menschen mit Behinderung in ihrer Lebenswelt gerade im Bereich des Wohnens und des Lebens im eigenen Stadtteil von besonderer Bedeutung. Hieran seien die Planungen und Weiterentwicklungen zu messen. Dabei geht es vor allem darum, in allen Lebensbereichen Barrieren abzubauen und Zugänge zu ermöglichen. Gerade die Diskussion an konkreten Beispielen zeigt uns allen auf, wo sich die Herausforderungen im Einzelnen stellen. Eingehend auf die bisherigen Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe nennt sie einige Beispiele aus der ersten AG-Sitzung, die für die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen eine wichtige Quelle der Weiterentwicklung in den jeweiligen Fachbereichen darstellt. Von daher ist die AG ein wichtiges Forum für die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans auch zur künftigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Hamburg.

Anschließend gibt Herr Heiko Kunert als Vertreter der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft behinderter Menschen e.V. ein Statement aus der Perspektive der Menschen mit Behinderung bzw. deren Selbstvertretung. Er freut sich sehr darüber, dass die Darstellung der Staatsrätin zeigt, wie intensiv sich die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen mit den Ergebnissen der bisherigen AG-Diskussion beschäftigt hat. Dies sei bereits jetzt ein sehr positives Signal und ein gutes Teilergebnis. Hamburg muss dem Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention deutlich näherkommen, es muss inklusiver und barrierefreier werden. Dabei ist vor allem die Vielfalt der unterschiedlichen Impulse aus dem Beteiligungsverfahren (Arbeitsgruppen, Online-Verfahren, Statements von Vereinen und Verbänden) ein großer Schatz – bislang sind nach Angaben der Sozialbehörde bereits über 700 Vorschläge und Anregungen im Rahmen des Verfahrens eingegangen. Dieses Verfahren lohne sich für alle Beteiligten, denn hiermit entstehe die Grundlage für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen wichtigen Themen.

Die AG „Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr“ widmet sich Herausforderungen zur Weiterentwicklung von Barrierefreiheit und Inklusion in den zwei wesentlichen Themenbereichen:

Unter-AG 1: Wie können Barrierefreiheit und Inklusion im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung verbessert werden?

Unter-AG 2: Wie können Barrierefreiheit und Inklusion im Bereich Verkehr und Mobilität verbessert werden?

Bereits in der ersten Sitzung der AG wurden viele Anregungen und Vorschläge in den jeweiligen Themenfeldern der beiden Unterarbeitsgruppen eingebracht, so dass sich die Diskussion der heutigen Sitzung auf eine Vertiefung der Anregungen und auch bereits auf die Vereinbarung von Empfehlungen konzentriert. Demzufolge wurden themenzentriert auf der Grundlage der Zusammenfassungen der AG Ergebnisse gearbeitet und es erfolgte eine Fokussierung auf die Handlungsempfehlungen. Folgende Inhalte wurden in den beiden Unterarbeitsgruppen besprochen.

## **Unterarbeitsgruppe 1: Wie können Barrierefreiheit und Inklusion im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung verbessert werden?**

---

Für die Unterarbeitsgruppe wurden bereits in der ersten AG-Sitzung folgende Themenbereiche in den Fokus genommen, an die bei der heutigen Sitzung angeschlossen wurde:

- Inklusive und barrierefreie Wohnungen
- Stadtentwicklung und Quartiere
- Leuchtturmprojekte stärken
- Öffentlicher Raum / Grünflächen verbessern

Ziele der Diskussion in der Unter-AG waren sowohl die Überprüfung konkreter Handlungsvorschläge als auch der Austausch über weitere Ansätze in den jeweiligen Themenfeldern. Es wurde so verfahren, dass die Moderation die bisherigen Handlungsansätze kurz vorgestellt und die AG-Teilnehmenden diese entsprechend kommentiert und verabschiedet haben.

### **Handlungsvorschläge zu inklusiven und barrierefreie Wohnungen**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zur Weiterentwicklung der UN-Behindertenrechtskonvention waren folgende:

1. Bauordnung: Zugänge für öffentliche, private und gewerbliche Gebäude sollten für Menschen mit Behinderung grundsätzlich barrierefrei sein. Hierzu bedürfte es Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen.
2. Gesetzliche Grundlagen schaffen für die verbindliche Barrierefreiheit in Neubauten.
3. Standards von Baumaßen (Höhen von Sanitäreinrichtungen, Türbreiten etc.) anpassen, Umsetzung für bestehende Bauten prüfen.
4. „Umbaubare“ Wohnungen (Beispiel London); Anpassung an unterschiedliche Arten von Beeinträchtigungen wären somit unproblematisch möglich.
5. Eine Quote für R-Wohnungen (rollstuhlgerecht) soll in Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft erhöht werden.

6. Informationen über die Lage von R-Wohnungen, barrierefreie Zugänge zu R-Wohnungen müssen gesichert werden.
7. Hamburg soll sich im Rahmen einer Gesetzesinitiative zur Vorgabe der Barrierefreiheit für alle Erdgeschosswohnungen im Neubau einsetzen.
8. Wegweiser/niedrigschwelliger Service für inklusives Wohnen außerhalb von Einrichtungen
9. Die Verwendung von inklusiven Produkten wie Dusch- und Haltegriffen muss eine Selbstverständlichkeit werden, hierfür sollten sie in jeder Wohnung standardmäßig eingebaut sein (vgl. „umbaubare“ Wohnungen)
10. Zuschüsse der Krankenkassen müssen unabhängig vom Anbieter gewährt werden. So kann ein Wettbewerb entstehen, der auch Auswirkungen auf die Kostenstruktur von Hilfsmitteln hat.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich barrierefreies Bauen und Wohnen:

11. Informationen für besondere Wohnformen und Finanzierungsmöglichkeiten müssen noch besser beworben werden.
12. Für die Finanzierbarkeit und Wahlfreiheit von Assistenzmitteln ist eine Entbürokratisierung und Öffnung der Fördermöglichkeiten bei der Abrechnung von Pflege und Unterstützung erforderlich.

### **Handlungsvorschläge zur Inklusion und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und Grünflächen**

#### **Spielplätze**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich öffentlicher Spielplätze waren folgende:

1. Öffentliche Spielplätze sollen hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit im Rahmen geplanter Neuherrichtungen und Umgestaltungen im Bestand verbessert werden sowie Informationen für inklusive und barrierefreie Spielplätze
2. Gezielte Einbindung bei Beteiligungsverfahren zur Gestaltung öffentlicher Spielplätze durch die Bezirksamter
3. Inklusive Spielplatzgestaltung in allen Wohnungsbauprojekten einbeziehen
4. Toilettenausstattung in Nähe von Spielplätzen berücksichtigen

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich barrierefreie Spielplätze:

5. Ein konkreter Vorschlag für die barrierefreie Gestaltung von Spielplätzen sind inklusive, erhöhte Sandkisten für Rollstuhlfahrende, dort wo sich ein Bedarf aus den Beteiligungsverfahren heraus ergibt.

#### **Öffentliche Toiletten**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich öffentliche Toiletten waren folgende:

1. Ausbau barrierefreier Toiletten im gesamten Stadtgebiet
2. Wegweiser für barrierefreie (öffentliche und nicht öffentliche) Toiletten
3. Hinweisschilder zu den nächstgelegenen barrierefreien Toiletten

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich öffentlichen Toiletten:

4. Leider sind einige (barrierefreie) Toiletten z.B. am Bahnhof HH-Stellingen nicht dauerhaft geöffnet, sondern nur bei Veranstaltungen oder Events. Dies sollte geändert werden.
5. Insbesondere die TOILETTE FÜR ALLE (Behinderten), sog. Changing Places, hilft den Menschen mit Schwer- oder Mehrfachbehinderungen, damit diese eine Liege nutzen können und sich nicht auf den Fußboden einer öffentlichen Toilette legen müssen. Deshalb plant die FHH derzeit den Umbau und die Sanierung der öffentlichen WC-Anlage am Gerhart-Hauptmann-Platz. Zukünftig soll es dort auch eine Toilette für alle geben. Der Baubeginn ist für Frühjahr 2022 vorgesehen.

#### **Barrierefreie Sitzgelegenheiten**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich barrierefreie Sitzgelegenheiten waren folgende:

1. Mehr barrierefreie und sinnesgerechte Sitzgelegenheiten (Mehr-Sinne-System)
2. Bessere Kennzeichnung und Zuwegung zu den entsprechenden Sitzgelegenheiten
3. Sitzbänke mit ausreichender Breite sowohl für Menschen mit Behinderung als auch als Liegefläche für wohnungslose Menschen.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich barrierefreier Zugang / gemeinsame Nutzung von Sitzgelegenheiten:

4. Bei der Planung von barrierefreien Sitzgelegenheiten ist es für die Integration von Rollstuhlfahrenden wichtig, auch das unmittelbare Umfeld mitzudenken und Raum und Untergrund für Rollstühle einzuplanen. Noch besser sind Aussparungen in der Sitzgruppierung, damit Rollstühle direkt dazugestellt werden können.
5. Sitzgelegenheiten sollten mit Abstand zum Weg aufgestellt werden, in Harmonie mit der Wegeleitung.

#### **Barrierefreie Wege und Wegführung**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich barrierefreie Wege und Wegführung waren folgende:

1. Barrierefreie Hauptverkehrswege (wie z.B. die Velo-Routen) ausschildern
2. Erlaubnis für Menschen mit Gehbehinderung, zu allen Tageszeiten mit dem Rad durch Fußgängerzonen fahren zu können
3. Breitere Abstellmöglichkeiten für (behindertengerechte) Fahrräder
4. Flächendeckende Wegeumgestaltung nicht nur in den RISE-Gebieten, sondern z.B. auch in Quartieren mit hohem Altersdurchschnitt

5. Abbau bestehender Barrieren etwa durch Umgestaltung von Begrenzungsbügeln zu Fußwegen, alternativ 1m Abstand zwischen den Bügeln einplanen.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich Wegeführung im öffentlichen Raum:

6. Auch bei Wegweisern ist eine inklusive Gestaltung mitzudenken, nach dem Mehr-Sinne-Prinzip, mit Piktogrammen bzw. in leichter Sprache.
7. Gehwege für Rollstuhlfahrende nutzbarer machen, wenn:
  - a. die Übergänge zu den Sandstreifen sehr ausgewaschen sind und Stolperfallen bedeuten.
  - b. ...parkenden Autos häufig zu weit auf den Gehwegen stehen und so ein Passieren für Rollstuhlfahrende verhindern.

#### **Neuer Themenbereich: Autos in Städten/ Stadtteilen/ Quartieren und Arealen**

##### Aktuelle Situation:

Autofrei ist nicht barrierefrei. Da „autofreie“ Zonen in der Umsetzung nicht bedeutet, dass unter keinen Umständen PKW- oder LKW Verkehr möglich ist, bringen autofreie Räume, wie aktuell am Jungfernstieg, Gefahrenpunkte für Menschen mit Einschränkungen mit sich. Ähnliches gilt auch für Zonen von Shared Spaces, in denen es ohne Signale oder Beschilderungen um eine gleichberechtigte Teilung des Verkehrsraumes von Autos, Radfahrenden und Fußgänger:innen geht. Es fehlt in diesen Räumen an baulichen Einrichtungen, wie z.B. sicheren Querungen für blinde und mobilitätseingeschränkte Menschen. Auf der anderen Seite ist das Auto auch ein notwendiges Hilfemittel für Menschen mit Behinderung und Pflegenden. Hier müssen Zufahrten zu Wohn- und Aufenthaltsorten auch per PKW gewährleistet sein.

##### Handlungsansätze

1. Einrichtung von Sicherheitsvorkehrungen für Fußgänger:innen auch in autofreien oder geteilten Zonen.
2. Die letzte Meile ist für beeinträchtigte Menschen häufig nicht autofrei umzusetzen. Es sind Bedingungen und Merkmale für die Ausstellung eines G-Scheins zum Parken vor der Haustür zu überprüfen und ggf. an individuelle Merkmale anzupassen. Z.B. sollten neben körperlichen Behinderungen auch psychische Einschränkungen für Sonderparkgenehmigungen berücksichtigt werden.
3. Das Auto ist das zentrale Fortbewegungsmittel für Pflegekräfte. Pflegedienste müssen mit dem Auto bis vor die Haustür fahren können, damit eine wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist. Eine wohnortnahe ambulante Pflege und Unterstützung sind ein wichtiger Beitrag, damit Menschen mit Handicap in ihren Quartieren gut leben können.

#### **Handlungsvorschläge zur partizipativen Planung und Quartiersentwicklung**

##### Aktuelle Situation:

Menschen mit Behinderung müssen an der Planung und Gestaltung ihres Stadtteils mitwirken können. Das betrifft sowohl die räumliche Gestaltung als auch die Entwicklung von stadtteilbezo-

genen Angeboten des sozialen Zusammenlebens. Es wurde diskutiert welche Möglichkeiten Menschen mit Behinderung haben, um an den Planungen und Umsetzungen teilzuhaben. Hier geht es im Kern um die spezifische und bedarfsgerechte Gestaltung von Formaten für eine barrierefreie Stadtteil- und Quartiersentwicklung.

### Handlungsansätze

1. In bestehenden Quartieren sind Stadtteilrundgänge, geführt von Betroffenen ein gutes Werkzeug, um auf Defizite aufmerksam zu machen. Teilnehmen sollten Bewohner:innen und Behörde, sowie Vertreter:innen der Politik.
2. Wegewarte müssen zum Thema Barrierefreiheit geschult werden, insbesondere in Bezug auf Schadstellen.
3. Der Meldemichel ist ein online Angebot, das barrierefreier ausgebaut werden muss. Derzeit haben blinde Menschen keine Möglichkeit den Meldemichel zu nutzen, da er auf einer Kartendarstellung basiert. Für die Nutzbarmachung für Menschen mit Seheinschränkungen sind z.B. Listen möglich oder die automatische Ortserkennung. Darüber hinaus sollte eine analoge Meldestelle eingerichtet bzw. der Meldemichel noch niedrigschwelliger gestaltet werden z.B. durch Formulare in Papierform.
4. Stadtteilzentren und/oder Stadtteilbüros müssen physisch barrierefrei sein und Umfragen und Informationen über Beteiligungsformate in leichter Sprache verbreiten; dies wäre auch für Menschen gut, die wenig Deutsch verstehen.
5. Es sollte ein öffentlicher Raum im Quartier für die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft eingerichtet werden. Bestehende Stadtteilzentren oder Stadtteilbüros sollten hierzu einbezogen werden. Sie müssen inklusiv gestaltet werden und sollten entsprechende Angebotsvorhalten.

## **Unterarbeitsgruppe 2: Wie können Barrierefreiheit und Inklusion in den Bereichen Verkehr und Mobilität verbessert werden?**

---

Aufbauend auf den Ergebnissen aus der Auftaktkonferenz und den Maßnahmenvorschlägen aus der Online-Beteiligung wurden in der vorangegangenen Arbeitsgruppensitzung am 20.08.2021 die Bedarfe und mögliche Maßnahmen zu den folgenden Themen weiter diskutiert und konkretisiert.

In der heutigen Diskussion der Unterarbeitsgruppe mit insgesamt 23 Teilnehmenden wurde an die Ergebnisse der letzten Sitzung angeknüpft, um die Handlungsvorschläge für den künftigen Landesaktionsplan weiter zu präzisieren und zu ergänzen.

### **Beplanung des öffentlichen Raums**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich Öffentlicher Raum waren folgende:

1. Die Zuständigkeiten müssen geklärt werden, damit z.B. auch öffentliche Begegnungsräume barrierefrei gestaltet werden können.
2. Von Behördenseite eine übergeordnete Instanz, die eine gute behördenübergreifende Planung ermöglicht und nötige Umsetzungen zur Barrierefreiheit für die Beteiligten (z.B. Kirche) im Blick hat.
3. Das Kompetenzzentrum für ein barrierefreies Hamburg noch weiter ausbauen.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich des Kompetenzzentrums:

4. Es sollte eine Verpflichtung des Senats geben, dass eine strukturierte und frühzeitige Einbindung des Kompetenzzentrums in alle öffentlichen Planungen erfolgen soll, bei denen Barrierefreiheit sinnvollerweise direkt mitgedacht werden muss.
5. Es sollte klare Regeln geben, bei welchen Fragen und Themen das Kompetenzzentrum überall beteiligt werden soll und zu welchem Zeitpunkt die Einbindung sinnvollerweise geschehen kann.

#### **Kleinräumige Planungen mit Blick auf Umgebungsbedingungen**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich kleinräumige Planung waren folgende:

1. Es sollte möglichst auch das Bahnhofsumfeld und das Wohnumfeld von betroffenen Menschen barrierefrei geplant und gestaltet sein.
2. Zudem werden mehr Sitzgelegenheiten zum Ausruhen im öffentlichen Raum gefordert - auch außerhalb von Parkanlagen.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich der kleinräumigen Planung

3. Nicht nur die Bahnhöfe und Haltestellen selbst, sondern auch die umliegenden Zuwege zu diesen und anderen Zentren sollten barrierefrei gestaltet sein, damit die Stationen dann auch wirklich für alle nutzbar sind.
4. Gefordert wird ein integriertes Förderprogramm zur Barrierefreiheit von Haltestellen und Möglichkeiten zum Umsteigen .
5. Es sollen nicht nur einzelne Großbahnhöfe barrierefrei werden, sondern auch gerade die vielen kleinen Haltestellen, damit der ÖPNV insgesamt nutzbar wird. Häufig reichen schon kleine Maßnahmen.
6. Zur Planung sind vernetzte Ressourcen nötig, da solche Maßnahmen sonst wahrscheinlich an Zuständigkeitsgrenzen scheitern.
7. Neuartige Sitzgelegenheiten wie z.B. angebrachte Holzsitze auf Treppen-Stufen, müssen auch für beeinträchtigte Menschen "sicher" bleiben. Es dürfen hierbei keine neuen Barrieren entstehen.

#### **Straßen und Wege**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich Straßen und Wege waren folgende:

1. Umsetzung des Zwei-Sinne-Prinzips im Verkehr
2. Klare Regeln und Strukturen in Mischverkehrsflächen
3. Strenge Sicherungsmaßnahmen von Baustellen
4. Barrierefreie Straßen und Wege durch Bordsteinabsenkungen. Beispiel Hafencity

Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich der Straßen und Wege:

5. Denkmalschutz muss z.B. wenigstens im Bereich von Gehwegüberfahrten entfallen, damit an der Stelle kein Kopfsteinpflaster liegt. Dort, wo unbedingt trotzdem Kopfsteinpflaster liegen muss, kann das auch abgeflacht werden, was dann sehr viel angenehmer ist. Die Auflagen sollten in dem Bereich sollten nicht unnötig hoch sein.
6. Reduzierung bzw. Begradigung von Kopfsteinpflaster im Wohn- und Bahnhofsumfeld. Das ist für Menschen mit Rollstühlen, Gehstöcken und Rollatoren ein Problem – ganz besonders bei Schnee.
7. Bei Genehmigung der Größe für die Außengastroflächen soll berücksichtigen, dass Rollstuhlfahrende mehr Platz als Fußgänger:innen benötigen. Damit soll der Gehweg auch mit einer Außengastronomie weiterhin für alle Menschen nutzbar bleiben.

### **Risiken von Fahrzeugen**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich Risiken durch Fahrzeuge waren folgende:

1. Die Öffentliche Verwaltung muss solche Risiken (z. B. durch abgestellte E-Scooter und Fahrräder) künftig auch stets mit Blick auf Barrierefreiheit und Inklusion verfolgen und entsprechend handeln.
2. Ladestationen und speziell zugeordnete und markierte Abstellzonen für E-Roller.
3. Verordnungen, die das Parken und Abschließen von Fahrrädern auf Wegen und an Treppengeländern unterbinden.
4. Bei langsamen Geschwindigkeiten sollen E-Busse künstliche Geräusche von sich geben, damit sie akustisch wahrnehmbar sind.

Ergänzungen sind nicht diskutiert worden.

### **Parken / Stellplätze**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich Parken und Stellplätze waren folgende:

1. Auch in autofreien Zonen müssen Menschen mit Behinderungen und deren Assistenzdienste Parkraum finden und Ausnahmegenehmigungen erhalten.
2. Parkflächen dürfen nicht auf Kopfsteinpflaster, sondern auf geraden, ebenen Flächen eingerichtet werden.



3. Parkflächen sollen rund um die Uhr nutzbar sein und keiner zeitlichen Einschränkung unterliegen.
4. Bei der Straßen- und Stellplatzplanung soll möglichst frühzeitig das Kompetenzzentrum für barrierefreies Hamburg eingeschaltet werden.
5. Grundsätzlich besteht die Forderung Normzahlen, Größen und Abstände zu Radwegen für Behindertenparkplätze zu überprüfen. Barrierefreie Anforderung im Neubau sollen sukzessive auch für Altbestand umgesetzt werden.
6. Aufstellung/Karte mit allen Behindertenstellplätzen notwendig.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich der Parken und Stellplätze:

7. Die Polizei soll Falschparkende auf Behindertenstellplätzen schneller räumen.
8. Außerdem wird nochmal darauf hingewiesen, dass Behindertenstellplätze stets ausreichend groß sein sollen, damit auch Menschen mit Rollstuhl dort ein- und aussteigen können.

#### **Fahrrad und Velorouten**

Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich Fahrrad- und Velorouten waren folgende:

1. Die Radwege sollen seitens der Stadt noch besser ausgebaut werden, so dass nicht auf die gefährlichere Straße ausgewichen werden muss.
2. Die Stadtreinigung/Müllmanagement muss hinsichtlich des Abstellverbotes von Behältern auf Radwegen sensibilisiert werden.
3. Ampeln für Radfahrer:innen zur Temporeduzierung werden auf den Velorouten gefordert.

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich der Parken und Stellplätze:

4. Es werden ausreichend breite und gut ausgebaute Radwege mit klaren Strukturen (Trennung von anderen Verkehrsteilnehmer:innen) gefordert. Das kommt allen Menschen zugute.

#### **ÖPNV (U-/S-Bahnen, Busse) / Zwei-Sinne-Prinzip im ÖPNV**

In der Sitzung wurde erneut deutlich, dass dieser Themenkomplex eine besonders große Bedeutung hat für Menschen mit Einschränkungen und Behinderungen und deren Möglichkeiten zur eigenständigen Teilnahme am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben in der Stadt. Entwickelte und vorgestellte Vorschläge zum Themenbereich ÖPNV waren folgende:

1. Mehr Sitzmöglichkeiten an ÖPNV-Haltestellen.
2. Führung von Radwegen hinter den ÖPNV-Haltestellen im Einzelfall prüfen.
3. Vermehrter Einsatz von sogenannten Gap-Fillern zur Risikominimierung an Bahnsteigkanten.

4. Fahrgastinformationen müssen für alle zugänglich sein, besonders wenn es zu spontanen Fahrplanabweichungen/Ausfällen kommt.
5. Im Routenplaner des HVV müssen alternative Routen angezeigt werden, wenn z.B. an einer Haltestelle der Aufzug defekt ist (eine einfache Anzeige defekter Aufzüge ist über die Homepage möglich).

Im Sinne einer detaillierten Bedarfsaufstellung sind in diesem Protokoll – abweichend von der sonstigen Logik der Dokumentation - die wesentlichen Schilderungen der Teilnehmenden nochmals zusammengefasst.

#### Situationen und Probleme:

- Bei der S-Bahn müssen Rollstuhlfahrende in den ersten Wagen einsteigen. Dieser ist jedoch oft außerhalb der Überdachung und zu weit von den Anzeigetafeln entfernt. Außerdem sind an alten S-Bahnsteigen die Rollstuhlrampen für den Einstieg in die S-Bahn für E-Rollstühle teilweise zu steil.
- Sowohl an Bahnhöfen der Deutschen Bahn als auch der S-Bahn werden bei Zugeinfahrt und Fahrplanabweichungen akustische Ansagen eingesetzt, dies ist für Gehörlose nicht barrierefrei. Es braucht auch hier das konsequente Mehr-Sinne-Prinzip.
- Notrufsäulen an den Bahnsteigen sind nur auf das Sprechen und Hören ausgelegt. Es besteht im Notfall eine Barriere für Gehörlose und die Menschen, die sich nicht artikulieren können.
- Menschen im Rollstuhl sitzen im Bus meist rückwärts und können die Anzeige deshalb nicht lesen. Durchsagen sind schlecht hörbar. Umleitungen werden nicht näher beschrieben. So bleibt oft unklar welche Haltestellen entfallen bzw. angefahren werden.
- Zugang zum Schienenersatzverkehr für Blinde und Rollstuhlfahrende gestaltet sich schwierig, da sich diese Haltestellen z.T. außerhalb eines Busbahnhofs befinden (z.B. Altona).
- HADAG-Fähren sind mit bestimmten Rollstühlen nicht nutzbar, da der Zugang vom Ponton auf die Fähren über die steile Metall-Rampe wegen dem Kippschutz nicht möglich ist (was von der HADAG jedoch dementiert wird). Je nach Wasserstand ist es auch schwierig, einige der Landungsbrücken zu benutzen, um auf die Schwimm-Pontons zu kommen.
- Bei Aufzügen mit Druckknöpfen ohne Säule vor den Türen ist es mit Rollstuhl schwierig bis teilweise unmöglich, den Aufzug zu rufen, da die Knöpfe dann nur schlecht oder gar nicht zu erreichen sind.
- Die Beschilderung und Haltestellenbeschriftung sind in einigen neu gestalteten Stationen schlecht lesbar (Bsp. Altona und Landungsbrücken, bunter Untergrund oder graue Schrift auf weißem Grund an den Säulen).

#### Ergänzende Vorschläge für den Themenbereich ÖPNV

1. Weiterer Ausbau des Zwei-Sinne-Prinzips an Haltestellen und zügige Einführung von technischen Lösungen. Beispielweise technische Assistenzsysteme und Apps mit Push-Benachrichtigungen für spontane Störungsmeldungen und deren Behebung (z.B. Aufzüge) sowie rollstuhlgerechte Alternativrouten und Möglichkeiten der Orientierung mit Hilfe des eigenen Endgeräts (Smartphone).
2. Zum Schienenersatzverkehr werden an Bahnhöfen Wegweiser für Blinde gefordert. Ebenso sollten solche Wege zum SEV auch rollstuhlgerecht sein. Ein Schienenersatzverkehr sollte immer dort beginnen und enden, wo ein barrierefreier Umstieg in eine Bahn möglich ist.
3. Um die Nutzung der HADAG-Fähren möglichst für alle Rollstuhlfahrenden zu ermöglichen, sollte von den Zuständigen ernsthaft überprüft werden, inwieweit eine Ertüchtigung der Zugangsrampen vom Ponton zu den Fähren möglich ist.
4. Bei Fahrstühlen sollten immer die Säulen mit Rufknopf vor den Türen angebracht sein. Die Türen sollen auch längere Zeit offen stehen bleiben, damit für Menschen mit Rollstuhl ausreichend Zeit zum rein und rauskommen verbleibt.
5. Gefordert wird eine deutliche Haltestellenbeschriftung bei der Beschilderung und den Haltestellenschildern (z. B. schwarze fette Schrift auf weißem Grund).
6. An Bushaltestellen mit mehreren Linien wird der Wunsch geäußert, eine Säule einzurichten, an der Menschen sich auf Knopfdruck die nächsten Abfahrten ansagen lassen können.
7. Allgemein wäre ein öffentliches (Online)-Forum eine gute Möglichkeit, um Verbesserungsvorschläge mit Ideen zur Barrierefreiheit an den HVV zu unterbreiten und zu verfolgen. Idealerweise sind dort auch alle potenziell Zuständigen aktiv.

## **Taxen und Shuttle**

Bis heute gibt es keine barrierefreien Shuttle-Fahrzeuge von Moia obwohl dies in der Genehmigung vorgesehen sein soll. Auch die Nutzung der App ist nicht barrierefrei. Echte Alternativen gibt es nicht.

### Vorschläge für den Themenbereich Taxen und Shuttle

1. Fahrdienste und On Demand-ÖPNV-Service in Hamburg muss bereits heute mit Blick auf die Barrierefreiheit verbessert werden. Auflagen an Anbieter müssen eingeführt und vor allem eingehalten werden.
2. Gerade in der Zukunft mit autonom fahrenden Fahrzeugen wird die Anforderung der Barrierefreiheit noch viel relevanter, wenn keine Fahrer mehr dabei sind, die zur Not helfen oder gefragt werden könnten. Daher soll bei den zukünftig autonom fahrenden Fahrzeugen das Thema Barrierefreiheit bereits im Vorfeld verankert und mitgedacht werden.